

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 275 | 48. Woche | 75. Jahrgang | E 4029

Mittwoch, 27. November 2019

2,10 €

Heute mit
Sonderbeilage



Verschickungskinder fordern Aufarbeitung

Die Kur als Tortur

Ein Forschungsprojekt soll klären, ob die Demütigungen, von denen viele Kinder berichten, System hatten und was sich ändern muss. **SEITEN 2 UND 3**



Baden-Württemberg

Monströse Morde: Ein Vater und seine zwei Söhne vor Gericht **SEITE 9**

Die Dritte Seite

Ins Herz getroffen: Dresden nach dem Kunstraub **SEITEN 3, 18**

Kultur

Was war, was bleibt? Die Bilanz des Popmusikjahrzehnts **SEITE 32**

Audi baut 9500 Stellen ab

Audi hat einen weitreichenden Personalumbau in Deutschland angekündigt: Bis 2025 will der Autobauer bis zu 9500 Stellen abbauen – gleichzeitig sind aber bis zu 2000 neue Stellen in Zukunftsbereichen geplant. Vorstand und Betriebsrat schlossen eine Grundsatzvereinbarung, die bis Ende 2029 gilt, wie sie am Dienstag mitteilten. Betriebsbedingte Kündigungen in diesem Zeitraum sind ausgeschlossen. Audi erklärte, „dass Jobprofile wegfallen und neue entstehen“. Der Abbau geschehe „entlang der demografischen Kurve – insbesondere durch Fluktuation und ein neues, attraktives Vorruhestandsprogramm“. Im Management sei „ein prozentual gleichwertiger Abbau“ vorgesehen. Daneben will Audi „bis zu 2000 neue Expertenteams in Bereichen wie Elektromobilität und Digitalisierung“ schaffen. **AFFP**
– Massiver Stellenabbau **SEITE 13**

Hilfe für Pflegefälle

Angesichts kräftig steigender Eigenanteile für Bewohner von Pflegeheimen wird der Ruf nach Reformen lauter, um Pflegefälle zu entlasten. Landessozialminister Manfred Lucha (Grüne) sprach sich für eine Deckelung der Eigenanteile aus. **SEITE 4**

Massiver Bauernprotest

Sie sind mit Wut im Bauch nach Berlin gekommen: Tausende Landwirte verstopften mit Traktoren die Straßen der Bundeshauptstadt Berlin. Die Landwirte sehen sich von Umweltauflagen schikaniert und wollen mehr Wertschätzung. **SEITE 12**

Fahrverbot fast sicher

Ludwigsburg wird vermutlich nicht um Fahrverbote für Dieselfahrer herumkommen. In dem Prozess in Mannheim macht das Verwaltungsgericht am Dienstag deutlich, dass es der Klage der Deutschen Umwelthilfe wohl stattgibt. **REGIONALTEIL**

Wetter **SEITE 18**



Mittwoch
13°/5°



Donnerstag
12°/8°



Freitag
9°/5°

Börse **SEITEN 15, 16**

- 📉 Dax 13 236,42 Punkte (– 0,08 %)
- 📈 Dow Jones 28 121,68 Punkte (+ 0,20 %)
- 📈 Euro 1,1020 Dollar (Vortag: 1,1008)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis **SEITE 2**



4 190402 902104

Hermann bekämpft Kurzstreckenflüge

Land Der Verkehrsminister will die Interessen des Flughafens und den Klimaschutz versöhnen. *Von Bärbel Krauß und Matthias Schiermeyer*

Verkehrsminister Winfried Hermann setzt sich für eine Einschränkung von Kurzstreckenflügen ab Stuttgart ein. „Wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen, wird es aus meiner Sicht als Verkehrsminister nicht möglich sein, dass wir jede Annehmlichkeit, die wir uns leisten und dabei das Klima ruinieren, aufrechterhalten.“ Es sei doch „keine Zumutung, mit dem Zug zu fahren“, setzt der Grüne hinzu, der auch dem Aufsichtsrat des Flughafens vorsitzt.

Das Angebot auf der Schiene müsse so verbessert werden, „dass sich die Kurzstreckenflüge von selbst erledigen“, weil sie sich für die Fluggesellschaften nicht mehr rechnen. Den Fluggästen müsste man einen Check-in in Stuttgart anbieten, damit sie lieber mit der Bahn nach Frankfurt oder München fahren. Aufsichtsrat und Geschäftsführung des Filder-Airports diskutieren Hermann zufolge derzeit darüber, „wie man dazu ein gutes Geschäftsmodell findet, das den Interessen des Flughafens, der Fluggesellschaften und des Klimaschutzes gerecht wird“.

Mit Blick auf die Ticketsteuer, die die Bundesregierung in ihrem Klimapaket angehoben hat, sagte Hermann: „Die Erhöhung der Luftverkehrsabgabe ist aus meiner umweltpolitischen Einschätzung immer noch nicht angemessen – und eine neue Regierung wird sicherlich erneut darüber befinden, wie sie den Flugverkehr für die Kosten, die er beim Klima anrichtet, in die Pflicht nehmen muss.“

Auf einem anderen klimapolitisch relevanten Feld verbucht die baden-württembergische Landesregierung dagegen einen Erfolg. Im neuen Ländervergleich zur Energiepolitik landet der Südwesten zusammen mit Schleswig-Holstein auf dem ersten Platz. Das belegt eine Untersuchung, die unserer Zeitung vorliegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) bescheinigen Baden-Württemberg in dieser Analyse, mit seinen Initiativen zur Förderung der erneuerbaren Energien ein Vorbild zu sein.

Allerdings tragen diese Anstrengungen im Vergleich nur wenig Früchte: Bei den Indikatoren, die die realen Fortschritte beim Ausbau der Ökoenergie messen, liegt das Land im Mittelfeld. So nimmt der Südwesten bei der Nutzung erneuerbarer Energien unter den 16 Ländern den fünften Platz ein, bei der Ökostromerzeugung erreicht das Land nur den zehnten Platz.

Der Klimawandel trifft Deutschland einer Studie zufolge stärker als gedacht. Die Temperatur habe sich in fünf Jahren um 0,3 Grad erhöht, heißt es im Monitoring-Bericht zum Klimawandel, den Umweltministerium und Umweltbundesamt am Dienstag vorlegten. Seit 1881 sei so die Lufttemperatur um 1,5 Grad gestiegen. – Dürre, Hitzewellen, Starkregen **SEITE 5**
– „Gemeinden stehen auf der Bremse“ **SEITE 7**
– Mehr Einfluss am Flughafen **SEITE 11**

Land sucht erfolglos nach Lokführern

Die europaweite Suche des Landesverkehrsministeriums nach einem Bahnunternehmen, das auf Kosten des Landes eine Personalreserve für kurzfristig ausfallende Lokführer bereithält, ist vorerst gescheitert. Die eingegangenen Angebote seien nicht wirtschaftlich, teilte das Ministerium mit. Nun sollen Gespräche mit einzelnen Unternehmen geführt werden. Claus Weselsky, der Chef der Gewerkschaft der Lokomotivführer, kritisiert den Vorgang. Es sei nicht Aufgabe des Landes, für eine solche Reserve zu sorgen. „Jemand nur dasitzen zu lassen ist doch hirn-rissig.“ Kritik kommt auch von SPD und FDP im Landtag. **mil**
– Suche nach Lokführern scheitert **SEITE 19**

Luff



Es war einmal die Liebe zu Amerika

Seit mehr als 70 Jahren ist es unumstößlicher Bestandteil des deutschen Denkens, dass das Land fest verankert ist in die Gemeinschaft westlicher Staaten. Da mag es Streit geben über die Finanzierung der Nato, doch die prinzipielle Notwendigkeit und die Teilhabe Deutschlands steht nicht infrage. Eine Umfrage der Körber-Stiftung bringt jetzt aber an den Tag: Nur eine knappe Mehrheit der Deutschen befürwortet die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft.

Gerade einmal 55 Prozent der Bundesbürger halten das System, wie es heute ist, für gut und sinnvoll. 31 Prozent bevorzugen eine außenpolitisch neutrale Haltung ihres Landes, sieben Prozent wünschen sich gar eine Annäherung an andere Länder. Das zeigt die repräsentative Umfrage „Einmischen oder zurückhalten?“ der Stiftung, die am Dienstag vorgestellt wurde. Für eine von den USA unabhängige Außen- und Sicherheitspolitik wäre eine Mehrheit von 52 Prozent der Befragten sogar bereit, mehr als doppelt so hohe Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung in Kauf zu nehmen.

Umfrage Deutsche mögen Frankreich, die USA eher nicht so sehr. *Von Christian Gottschalk*

Während die deutsche Zustimmung zum großen Partner jenseits des Atlantiks eingetrübt ist, ist der Blick vom amerikanischen Kontinent aus weniger verschleiert. 75 Prozent der Amerikaner empfinden die Beziehungen als gut oder sehr gut, so eine Paralleluntersuchung. Im Gegensatz dazu sind 64 Prozent der Deutschen der Ansicht, das Verhältnis zu den USA sei schlecht bis sehr schlecht. Das war noch bevor am Dienstag der US-Botschafter in Berlin erklärte, die Bundesregierung habe Millionen von Amerikanern beleidigt. Grund für den Unmut von Richard Grenell: Wirtschaftsminister Peter Altmaier hatte in einer Diskussion zum Netzausbau und der Firma Huawei erklärt, dass auch die USA von Firmen Informationen zur Terrorismusbekämpfung verlangen.

Als wichtigsten Partner insgesamt bezeichnen 60 Prozent der Deutschen das Nachbarland Frankreich. Damit ist Paris Spitzenreiter in der öffentlichen Meinung – nicht aber der französische Präsident Emmanuel Macron. Gerade einmal 17 Prozent glauben, dass er am meisten für die EU getan hat. 56 Prozent billigen dies Kanzlerin Angela Merkel zu.

Vergesst die schwarze Null!



Finanzen Das Land braucht eine langfristige Agenda für Investitionen. Die Groko hat keinen Mut. *Von Thorsten Knuf*

Vor einem Jahr hat Peter Altmaier einen Schwank aus seinem Leben erzählt. Der CDU-Wirtschaftsminister ist beruflich viel unterwegs, auch mit dem Dienstwagen. Seinem Büro hat er allerdings verboten, ihn bei solchen Fahrten telefonisch mit ausländischen Kollegen zu verbinden. Grund sind die vielen Funklöcher in Deutschland. Altmaier sagt, es sei ihm „total peinlich“, immer drei- oder viermal neu anrufen zu müssen, weil ständig die Verbindung abreißt.

Altmaiers Problem kennen etliche Menschen. Und nicht nur das. Zu den Funklöchern im Mobilfunknetz kommen Schlaglöcher in den Straßen. Viele Brücken im Land sind marode, das Schienennetz ist überlastet, es fehlt an schnellen Internetzugängen. Hinzu kommt: Das Bildungssystem ist unterfinanziert, Behörden sind personell ausgedünnt, die Digitalisierung kommt nur schleppend voran. In den boomenden Ballungsräumen ächzt der Nahverkehr unter dem Ansturm der Kunden. Überall gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, der durch die notwendige Anpassung an den Klimawandel noch einmal deutlich steigen wird.

Deutschland erscheint Ende 2019 wie ein Land, das in vielerlei Hinsicht den Anschluss an die Moderne verloren hat. Wenn dieser Tage im Bundestag der Haushalt für 2020 diskutiert wird, steht aus Sicht der Koalition dennoch etwas anderes im Vordergrund: Die Groko ist stolz darauf, zum siebten Mal in Folge eine schwarze Null präsentieren zu können, also einen Haushalt ohne neue Schulden. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sagt, dass im Budget von 362 Milliarden Euro mehr Geld denn je für Investitionen eingeplant sei. Und im Falle einer Wirtschaftskrise hätte der Bund auch so genügend Geld, um gegenzusteuern.

Es ist an der Zeit für einen Kurswechsel in der Finanzpolitik. Statt Investitionen nach Kassenlage braucht das Land eine langfristige Investitionsagenda, um so die Basis für mehr Wachstum zu schaffen. Dabei geht es nicht darum, ohne Sinn und Verstand Schulden zu machen und das Geld anschließend zu verpassen, sondern darum, gezielt und mit einer langfristig gesicherten Finanzierung die Probleme anzugehen, die sich im Land aufhäufen. Eine mehrjährige Investitionsstrategie würde auch dazu führen, dass die Bauwirtschaft nach und nach ihre Kapazitäten erhöht, die derzeit ausgelastet sind. So unverantwortlich es wäre, kommenden Generationen einen gigantischen Schuldenberg zu hinterlassen, so unverantwortlich ist es auch, ihnen eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur zu vererben.

Es gibt einige gute Vorschläge, wie Deutschland seine vorhandenen Spielräume nutzen könnte, ohne zur exzessiven Schuldenmacherei zurückzukehren. Die Aufgabe der schwarzen Null wäre ein Anfang. Im Rahmen der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse darf der Bund in normalen Zeiten pro Jahr immer noch neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung aufnehmen, das wären gegenwärtig rund zwölf Milliarden Euro. Industrie und Gewerkschaften haben kürzlich vorgeschlagen, einen nationalen Investitionsfonds aufzulegen: Er soll über zehn Jahre hinweg 450 Milliarden Euro investieren. Das Konstrukt ließe sich rechtlich so absichern, dass es nicht gegen die Schuldenbremse verstößt. Auch die EU-Regel, wonach die Gesamtverschuldung eines Landes maximal 60 Prozent seiner Wirtschaftskraft betragen darf, ließe sich einhalten.

Es ist bemerkenswert, dass die Groko in Berlin Empfehlungen von Ökonomen aus aller Welt in den Wind schlägt und nicht einmal die vorhandenen Spielräume nutzt. Dies sei ein Markenzeichen der deutschen Politik, heißt es oft. Zyniker könnten sagen: Das sind Funklöcher, kaputte Brücken und die marode Bahn auch.